



**Bürgermeister Klaus Lenz
Markt Abtswind
Balthasar-Neumann-Straße 14**

97353 Wiesentheid

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lenz,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lenz, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Abtswind zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Abtswind einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Abtswind zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Horst Reuther
Gemeinde Albertshofen
Friedrich-Ebert-Straße 5**

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reuther,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reuther, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Albertshofen zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Albertshofen einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Albertshofen zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeisterin Renate Zirndt
Gemeinde Biebelried
Friedrich-Ebert-Straße 5**

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Zirndt,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Zirndt, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Biebelried zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Biebelried einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Biebelried zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Hans Friederich
Gemeinde Buchbrunn
Friedrich-Ebert-Straße 5**

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friederich,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Friederich, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Buchbrunn zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Buchbrunn einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Buchbrunn zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Jochen Kramer
Gemeinde Castell
Balthasar-Neumann-Straße 14**

97353 Wiesentheid

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kramer,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kramer, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Castell zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Castell einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Castell zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Reinhold Kuhn
Stadt Dettelbach
Luitpold-Baumann-Straße 1**

97337 Dettelbach

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kuhn,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kuhn, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Dettelbach zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Dettelbach einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen –

ganz im Sinne des Artikel 8 des ⁴ Übereinkommens der Vereinten Nationen
zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt
Dettelbach zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Ernst Nickel
Markt Dgeiselwind
Marktplatz 1

96160 Geiselwind

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nickel,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nickel, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Dgeiselwind zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Dgeiselwind einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Dgeiselwind zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Karl Höchner
Markt Großlangheim
Schwarzacher Straße 4**

97320 Großlangheim

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Höchner,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Höchner, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Großlangheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Großlangheim einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Großlangheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Josef Mend
Stadt Iphofen
Marktplatz 28

97346 Iphofen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mend,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mend, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Iphofen zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Iphofen einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im

Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt Iphofen zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Siegfried Müller
Große Kreisstadt Kitzingen
Kaiserstraße 13/15

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Müller,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Müller, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Kitzingen zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Kitzingen einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz

im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen
zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt
Kitzingen zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Roland Lewandowski
Markt Kleinlangheim
Schwarzacher Straße 4

97320 Großlangheim

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lewandowski,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lewandowski, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Kleinlangheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Kleinlangheim einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Kleinlangheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Karl Wolf
Stadt Mainbernheim
Rathausplatz 1

97350 Mainbernheim

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolf,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolf, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Mainbernheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Mainbernheim einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt Mainbernheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Karl-Dieter Fuchs
Gemeinde Mainstockheim
Friedrich-Ebert-Straße 5**

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fuchs,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fuchs, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Mainstockheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Mainstockheim einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Mainstockheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Erich Hegwein
Stadt Marktbreit
Marktstraße 4**

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hegwein,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hegwein, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Marktbreit zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Marktbreit einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen

– ganz im Sinne des Artikel 8 des ⁴ Übereinkommens der Vereinten Nationen
zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt
Marktbreit zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Bruno Gamm
Markt Markt Einersheim
Marktplatz 28

97346 Iphofen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gamm,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gamm, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Markt Einersheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Markt Einersheim einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Markt Einersheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Rudolf Riegler
Stadt Marktstef
Marktstraße 4

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Riegler,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Riegler, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Marktstett zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Marktstett einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz

im Sinne des Artikel 8 des ⁴ Übereinkommens der Vereinten Nationen
zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt
Marktsteft zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister August Hopf
Gemeinde Martinsheim
Marktstraße 4

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hopf,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hopf, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Martinsheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Martinsheim einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Martinsheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Guido Braun
Gemeinde Nordheim am Main
Marktplatz 1**

97332 Volkach

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Braun,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Braun, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Nordheim am Main zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Nordheim am Main einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Nordheim am Main zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Bernhard Brückner
Markt Obernbreit
Marktstraße 4

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brückner,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brückner, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Obernbreit zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Obernbreit einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Obernbreit zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Adolf Falkenstein
Stadt Prichsenstadt
Karlsplatz 5

97357 Prichsenstadt

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Falkenstein,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Falkenstein, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Prichsenstadt zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Prichsenstadt einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt Prichsenstadt zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Burkhard Klein
Gemeinde Rödelsee
Marktplatz 28

97346 Iphofen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Klein,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Klein, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Rödelsee zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Rödelsee einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Rödelsee zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Gerhard Ackermann
Markt Rüdtenhausen
Balthasar-Neumann-Straße 14

97353 Wiesentheid

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ackermann,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ackermann, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Rüdenhausen zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Rüdenhausen einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Rüdenhausen zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Lothar Nagel
Markt Schwarzach am Main
Marktplatz 1**

97359 Schwarzach am Main

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagel,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagel, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Schwarzach am Main zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Schwarzach am Main einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Schwarzach am Main zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Rudolf Löhr
Gemeinde Segnitz
Marktstraße 4**

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Löhr,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Löhr, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Segnitz zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Segnitz einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Segnitz zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Heinz Dorsch
Markt Seinsheim
Marktstraße 4

97340 Marktbreit

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dorsch,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dorsch, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Seinsheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Seinsheim einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Seinsheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Elmar Henke
Gemeinde Sommerach
Marktplatz 1**

97332 Volkach

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henke,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henke, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Sommerach zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Sommerach einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Sommerach zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Gerhard Schenkel
Gemeinde Sulzfeld am Main
Friedrich-Ebert-Straße 5

97318 Kitzingen

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schenkel,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!“

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schenkel, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Sulzfeld am Main zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Sulzfeld am Main einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Sulzfeld am Main zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeister Peter Kornell
Stadt Volkach
Marktplatz 1

97332 Volkach

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kornell,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kornell, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Stadt Volkach zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Stadt Volkach einen entsprechenden Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im

Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Stadt Volkach zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeisterin Doris Paul
Gemeinde Wiesenbronn
Schwarzacher Straße 4**

97320 Großlangheim

11.04. 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Paul,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Paul, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Wiesenbronn zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Wiesenbronn einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Wiesenbronn zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



**Bürgermeister Werner Knaier
Markt Wiesentheid
Balthasar-Neumann-Straße 14**

97353 Wiesentheid

11.04. 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Knaier,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Knaier, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Wiesentheid zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Wiesentheid einen entsprechenden Entwicklungsprozess

anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Wiesentheid zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl



Bürgermeisterin Ingrid Reifenscheid-Eckert
Markt Willanzheim
Marktplatz 28

97346 Iphofen

11.04. 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Reifenscheid-Eckert,

großen Zuspruch erfuhr die vom Verein *Miteinander – Förderverein für kulturelle Vielfalt e.V.* und der *vhs-Kitzingen* gemeinsam veranstaltete Informationsveranstaltung mit Podiumsgespräch zu dem Thema **„Übereinkommen der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen – Herausforderungen für die öffentliche Wohlfahrt, Städte- und Gemeindeentwicklung“** am 23.03.2012 in der Alten Synagoge in Kitzingen. Durch die Unterstützung von der Sparkasse Mainfranken, der Raiffeisenbank Kitzingen, der LKW Kitzingen, des Arbeitskreises Integration Würzburg und zahlreichen weiteren Spendern war es gelungen, sowohl für das Einstiegsreferat als auch für das Podium herausragende Persönlichkeiten zu gewinnen.

Etwas bedauerlich war, dass trotz gesonderter schriftlicher Einladung von den 31 Bürgermeistern und 440 Gemeinderäten aus dem Landkreis Kitzingen niemand den Weg zu der Veranstaltung gefunden hat.

Frau Marianne Schulze, die Leiterin des UN-Monitoringausschuss in Österreich, zeigte in ihrem ca. 20-minütigen Referat in eindrucksvoller Weise auf, was die Hintergründe, die Philosophie und die Zielrichtung des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen sind. Sehr deutlich stellte sie heraus, welche Veränderung in unserer Betrachtung und Denkweise von und über Menschen mit Beeinträchtigungen aufgrund der UN-Konvention angezeigt ist.

„Ein wichtiger Aspekt ist unsere Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Man ist nicht behindert, man wird behindert!

Und die Darstellung und Wahrnehmung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Objekt sowie die Reduktion unserer Wahrnehmung von Menschen mit

Beeinträchtigungen auf vermeintliche betonte Frau Schulz.

Defizite stellt eine Diskriminierung dar“,

Ebenfalls sehr ausführlich wurden die Dimensionen der Barrierefreiheit dargestellt, die weit über das bisher in unserer Gesellschaft übliche Verständnis hinaus gehen. Es geht für alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, um die Ermöglichung größtmöglicher Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund gilt es

- Physische Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Mobilität
- Kommunikative Barrierefreiheit im Sinne der Ermöglichung von Kommunikation für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, non-verbale Menschen und Menschen mit Sprachschwierigkeiten, aber auch Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Intellektuelle Barrierefreiheit im Sinne der Zugänglichkeit von Informationen für Menschen mit Lernschwierigkeiten, z.B. durch Leichter-Lesen Formate
- Soziale Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von Vorurteilen, Stereotypen und anderen Einstellungen, die Inklusion verhindern
- Ökonomische Barrierefreiheit im Sinne von leistbarem Zugang zu Angeboten der Verbesserung der Inklusion unabhängig von eigenen Ressourcen
- Institutionelle Barrierefreiheit im Sinne des Abbaus von segregativen Strukturen in wichtigen Lebenswelten

zu gewährleisten. Und hier sind vor allen Dingen staatliche Institutionen aber auch die Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Bezirke gefordert proaktiv sich um diese Dimensionen der Barrierefreiheit zu kümmern und barrierefreie inklusive Strukturen zu schaffen.

Bei dem anschließenden Podiumsgespräch, welches von Herrn Jürgen Gläser vom Bayerischen Rundfunk moderiert wurde, sind in einem ersten Schritt einige Punkte herausgearbeitet worden, wo auch für die Stadt Kitzingen, den Landkreis Kitzingen sowie den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen Handlungsbedarf besteht.

So wurde durch den Beitrag von Herrn Martin Zierold (Abgeordneter in der Bezirksversammlung Berlin Mitte und fachpolitischen Sprecher für soziale Stadtentwicklung), der von Geburt an taub ist, sehr deutlich, dass viele Entscheidungsprozesse in der Stadt und im Landkreis Kitzingen und seinen Städten und Gemeinden noch vollkommen ohne die Beteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen stattfinden.

Dass aber auch bürgerschaftliches Engagement viel bewegen kann auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, zeigte der Beitrag von Herrn Dr. Albrecht-Bindseil von den diakonischen Hausgemeinschaften e.V.. Aus einem Kreis von Studierenden heraus wurde, nachdem ein Studienkollege von heute auf morgen auf eine Pflege

rund um die Uhr angewiesen war, ein Mehrgenerationenhaus inmitten der Stadt (Freiburg und dann Heidelberg) entwickelt, oft gegen massive Barrieren von staatlicher Seite.

„Im Mehrgenerationenhaus ergänzen sich informelles freiwilliges Engagement und die Professionalität sozialer Arbeit. Durch das freundschaftliche Miteinander entsteht in unserem Kulturcafé eine generationenübergreifende Solidargemeinschaft zwischen Jung und Alt, beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt“, betonte Dr. Albrecht-Bindseil. Inzwischen sind, mit der beratender Unterstützung durch Herrn Dr. Albrecht-Bindseil, auch an weiteren Orten solche Mehrgenerationenhäuser entstanden. Das Projekt wurde inzwischen neben anderen von Frau Bundesministerin von der Leyen ausgezeichnet.

Das Podiumsgespräch zusammenfassend wurde in einer „**Agenda Inklusion – Stadt und Landkreis Kitzingen**“ vier Punkte festgehalten, die als erste Schritte zu einer inklusiven Stadt und einem inklusiven Landkreis Kitzingen notwendig sind.

Agenda Inklusion - Stadt und Landkreis Kitzingen

1. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen künftig in Entscheidungsprozesse des Rats der Stadt Kitzingen, dem Kreistag (Landkreis Kitzingen) sowie den Stadt- und Gemeindeparlamenten des Landkreis Kitzingen einbezogen werden (Mitwirkung von Menschen mit Beeinträchtigung in Beiräten für Inklusion oder eigenen Ausschüssen für Inklusion in den Verwaltungsstrukturen)
2. Die 6 Dimensionen der Barrierefreiheit sind in die strategischen Überlegungen des Rats der Stadt Kitzingen und des Kreistags (Landkreis Kitzingen) sowie der Stadt- und Gemeindeparlamente des Landkreis Kitzingen zu integrieren.
3. Es ist unabdingbar, einen Zeit- und Aktionsplan auf Stadt-, Gemeinde und Kreisebene für die Umsetzung der UN-Konvention auszuarbeiten und umzusetzen. Hierfür sind von der Stadt Kitzingen, dem Landkreis Kitzingen und den Städten und Gemeinden im Landkreis Kitzingen entsprechende Strukturen zu schaffen (z.B. Ausschuss/Beirat für Inklusion) und Ressourcen bereitzustellen.
4. Die Stadt Kitzingen, der Landkreis Kitzingen sowie die Städte und Gemeinden des Landkreis Kitzingen müssen noch in viel stärkerem Maße proaktiv bürgerschaftliches Engagement fördern und einfordern in Form von Informationsveranstaltungen zum Thema Inklusion und durch aktive Unterstützung von Vereinigungen, die sich dieser Thematik widmen.
5. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, die nötigen finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Reifenscheid-Eckert, wir bitten Sie, die dargelegten Punkte im Rat der Gemeinde Willanzheim zum Thema zu machen und auf der Basis der dargelegten Punkte für die Gemeinde Willanzheim einen entsprechenden

Entwicklungsprozess anzustoßen – ganz im Sinne des Artikel 8 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns über das weitere Vorgehen der Gemeinde Willanzheim zu dieser Thematik eine entsprechende Rückmeldung geben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Patzwahl